

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen

Die Geschichte der Europäischen Union und ihrer Vorgänger ist eine beispiellose Erfolgsgeschichte. Selbst ihre größten Kritiker müssen anerkennen, dass sie über Jahrzehnte hinweg einen unschätzbaren Beitrag zu Frieden und Völkerverständigung, Gerechtigkeit und Wohlstand auf unserem Kontinent geleistet haben.

Seit mehreren Jahren leiden viele europäische Staaten jedoch unter einer sehr tiefgehenden wirtschaftlichen Krise, die erhebliche Gefahren für die Stabilität ihrer Gesellschaften mit sich bringt. Insbesondere in Südeuropa hat etwa die Arbeitslosigkeit, vor allem unter jungen Menschen, teils dramatische Ausmaße erreicht. All das hat politische Folgen. Nicht nur, aber besonders die letzten Wahlen zum Europäischen Parlament haben sehr deutlich gemacht, dass die Skepsis gegenüber der Europäischen Union und ihren Institutionen noch weiter zugenommen hat. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger, aber auch die EU-Gegner oder „Euro-Skeptiker“ in den politischen Parteien, sehen die EU nicht als Lösung, sondern als Teil des Problems.

Diese anti-europäischen Tendenzen werden stärker werden, solange die Europäische Union kein überzeugendes Konzept gegen die Ursachen der Wirtschaftskrise findet. Diese Krise spaltet ganze Gesellschaften. Und die Menschen fragen sich, warum so eine starke Gemeinschaft wie die Europäische Union (scheinbar) nichts dagegen tun kann, dass sie ihren Arbeitsplatz verlieren oder erst gar keinen bekommen, dass sie zu Dumpinglöhnen arbeiten müssen, dass ihr Erspartes schmilzt und anderes mehr. Eine wichtige Antwort auf ihre Fragen lautet: Wir müssen den europäischen Wohlfahrtsstaat – so unterschiedlich er in den Mitgliedstaaten der EU auch ausgeprägt ist – zukunftsfest machen, indem wir einen sozialpolitischen Rahmen entwickeln und ihn auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene umsetzen. Die Aufgabe der europäischen Ebene liegt darin, die sozialpolitischen Ziele und Grundrechte weiterzuentwickeln, rechtsverbindliche EU-weite Mindeststandards einzuführen und die sozialpolitischen Handlungsmöglichkeiten der Mitgliedstaaten zu achten, um die gesellschaftlichen Folgen der ökonomischen

Krise in vielen Mitgliedsländern abzumildern, sie wirksam zu bekämpfen und, das ist besonders wichtig, ihnen für die Zukunft vorzubeugen.

Es bleibt richtig und für uns eine Verpflichtung zu neuen Anstrengungen, was Bundeskanzler Willy Brandt 1973 vor dem Europäischen Parlament gesagt hat: „Es ist entscheidend, dass die Gemeinschaft über die wirtschaftliche Kooperation und die politische Organisation hinaus zum sozial besonders fortschrittlichen Raum unserer Zivilisation zusammenwächst. Die europäische Integration muss unmittelbar den Menschen dienen. Ich rede nicht von einem undeutlichen Lebensgefühl. Unsere Bürger sollen spüren, dass Europa ihre Arbeits-, ihre Lebensbedingungen verbessert, dass es in ihren Alltag hineinwirkt.“ Gut vier Jahrzehnte später zeigen diese Worte auch, wie viel gerade in diesem Punkt offenkundig versäumt worden ist. Die Menschen in Europa sollen, nein: müssen, die Vorteile eines geeinten Europas im Alltag erfahren können. Schöne Worte an Jahrestagen helfen ihnen nicht weiter und machen ihre Sorge um ihren Arbeitsplatz oder um ihr Ersparnis nicht kleiner. Europa muss dauerhaft dazu beitragen, ihr Leben besser zu machen, auch und gerade in Krisenzeiten.

Ein soziales, möglichst krisenfestes Europa kann nur gelingen, wenn alle politischen Ebenen gemeinsam an dieser Aufgabe arbeiten, also von der Kommune über die Länder, die Regionen und Mitgliedstaaten bis zur Europäischen Union. Doch die Gestaltung eines sozialen Europas ist keine exklusive Pflicht der Politik, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie stellt sich den Tarifpartnern, die faire Arbeitsbedingungen aushandeln, den Unternehmen, die zum Beispiel genügend Ausbildungsplätze bereitstellen und für faire Lohnstrukturen sorgen müssen, ebenso wie den gesellschaftlichen Gruppen, die – auch als „soziales Frühwarnsystem“ – ihre Bedürfnisse formulieren und ihnen Geltung verschaffen müssen. Das „Projekt Europa“ lebt von der Teilhabe seiner Bürgerinnen und Bürger. Europa braucht Bürgerinnen und Bürger, die sich mit Leidenschaft und Augenmaß für die gemeinsame Zukunft dieses Kontinents einsetzen. Auf eine Formel gebracht: Europa lebt von den Menschen, nicht von den Märkten.

Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat in seinen Politischen Leitlinien versprochen, die soziale Dimension Europas „nie aus den Augen zu verlieren“. Wir sollten ihn beim Wort nehmen, aber noch mehr als das: Wir sollten das große Ideal eines sozialen Europas in den Mittelpunkt unseres Denkens und Handelns stellen.



Ein soziales Europa ist möglich

Grundlagen und Handlungsoptionen

von Alemann, U.; Heidbreder, E.G.; Hummel, H.; Dreyer,  
D.; Götde, A. (Hrsg.)

2015, XIV, 353 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-04951-5